



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Wärmepakt 2040: Komfort und Sicherheit durch Wärmenetze

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Ausbau von klimafreundlichen Wärmenetzen und die klimafreundliche Umrüstung bestehender Wärmenetze auf allen Ebenen zu unterstützen. Gleichzeitig soll sich die Staatsregierung für mehr Akzeptanz und Vertrauen durch eine transparente Preisgestaltung einsetzen.

Folgende Maßnahmen sind dabei umzusetzen:

- Auf Landesebene wird ein Förderprogramm aufgelegt, das die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) ergänzt.
- Für eine bessere Preiskontrolle wird eine unabhängige Preisaufsicht eingeführt.
- Das Bau- und Genehmigungsrecht wird für den Ausbau von Wärmenetzen und den Einsatz neuer Technologien optimiert.
- Alle staatlichen Gebäude und Flächen werden auf ihre Eignung hin überprüft, Platz für Erzeugungsanlagen, Speicher und weiterer Wärmeinfrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Egal ob in der Stadt oder auf dem Land: Wärmenetze sind ein zentraler Baustein für ein klimaneutrales Bayern 2040. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, können sich die Bürgerinnen und Bürger für Jahrzehnte auf eine sichere, saubere und preiswerte Wärmeversorgung verlassen, ohne sich im Heizungskeller die Hände selbst schmutzig machen zu müssen.

Das Bundesförderprogramm BEW hat mit seiner 40-prozentigen Förderung von Wärmenetzen eine entscheidende Förderung aufgelegt. In vielen anderen Bereichen, wie zum Beispiel beim Glasfaserausbau, gibt es ergänzende Landesförderprogramme. Eine zusätzliche Förderung von Wärmenetzen auf Landesseite in Höhe von 20 Prozent ist vorzusehen.

Für mehr Vertrauen und Akzeptanz ist eine unabhängige Preisaufsicht auf Landesebene unerlässlich.

Die größten Hemmnisse sind die anfänglich hohen Investitionskosten sowie die bürokratischen Hürden, vor allem beim Einsatz neuer Technologien wie Großwärmepumpen in Gewässern, Kläranlagen oder Wasserleitungen. Diese gilt es aus dem Weg zu räumen. Gleichzeitig kann der Freistaat aktiv eigene Flächenpotenziale für den Ausbau

dieser Infrastruktur anbieten und so die Gesamtkosten für die Betreiberinnen und Betreiber – und damit für die Endkundinnen und Endkunden – reduzieren.